

V-39 Nicaragua- Solidarität mit der demokratischen Opposition

Antragsteller*in: Wendel Jaromir Burkhardt (KV Frankfurt)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Nicaragua: Solidarität mit den demokratischen Widerstandsbewegungen , Freiheit für
politische
- 2 Gefangene, Aufbau eines neuen Regierungssystems...
- 3 Erwachsen aus Solidarität mit den Menschen Nicaraguas engagieren sich viele
- 4 Bürger*innenbewegungen und Solidaritätskomitees in Deutschland - zum Beispiel in
Kommunen im
- 5 Rahmen ihrer Städtepartnerschaftenseit den 1980ern für den positiven Austausch
miteinander.
- 6 Auch viele Mitglieder und Aktivist*innen von B90/Grünen waren und sind Teil der
breiten
- 7 Solidaritätsbewegung für Nicaragua. In den 80er Jahren verkörperte die sandinistische
- 8 Bewegung auch für viele in Deutschland die Hoffnung auf einen neuen Weg zu einer
andern Form
- 9 der Gesellschaftspolitik, auf einen gerechten Weg und ein Symbol einer Alternative zu
den
- 10 eingefahrenen Wegen des doktrinären Sozialismus der Sowjetunion und zu der
extremen Form des
- 11 Kapitalismus in den USA. Leider haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt, und Daniel
Ortega
- 12 hat sich im Laufe der Jahre immer mehr zum autokratischen Despoten entwickelt.
- 13 Seit April 2018 protestieren große Teile der Bevölkerung Nicaraguas gegen die
Regierung des
- 14 Präsidenten Ortega und seiner Ehefrau Rosario Murillo, die seit Januar 2017 auch
15 Vizepräsidentin ist. Die friedliche Revolte, die auch den zivilen Ungehorsam propagiert,
wird
- 16 seither mit brutaler Gewalt beantwortet, die kaum jemand für möglich gehalten hat.
- 17 Nach Angaben von internationalen und nationalen Menschenrechtsorganisationen
mordet,
- 18 inhaftiert, foltert und terrorisiert der Staat die Menschen Nicaraguas. Dabei sind über 500
- 19 Menschen zum größten Teil von der Polizei und paramilitärischen Gruppen getötet und
etwa 2000
- 20 weitere mitunter schwer verletzt worden. Hunderte von Oppositionelle wurden ohne
Haftbefehl
- 21 und ordnungsgemäßes Verfahren sowie unter systematischer Anwendung von Folter
inhaftiert.
- 22 Viele Grundrechte wie die Pressefreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das
- 23 Demonstrationsrecht sowie das Recht auf einen fairen Prozess wurden von der
Regierung Ortega
- 24 missachtet und faktisch außer Kraft gesetzt. Die Repression gegen die Zivilgesellschaft
25 richtet sich vor allem gegen Menschenrechtsorganisationen, Journalistinnen und
Journalisten,

26 Studierende, NGOs und Repräsentantinnen und Repräsentanten der katholischen
Kirche.

27 Zahlreiche Ärzte und Ärztinnen und medizinisches Personal, die verwundete
Demonstrierende

28 behandelten, sowie Lehrerinnen und Lehrer, Akademikerinnen und Akademiker, LSBTTI
und andere

29 Angehörige des öffentlichen Dienstes, die an Demonstrationen teilnahmen, wurden
entlassen.

30 Einer Reihe zivilgesellschaftlicher Organisationen wurde die Rechtsgrundlage entzogen.
Im

31 Dezember entzog die Regierung willkürlich u.a. zwei führenden
32 Menschenrechtsorganisationen CENIDH und Hagamos Democracia den
Rechtsstatus. Während der

33 Demonstrationen schloss die Regierung Medieneinrichtungen und zensierte Online-
Medien. Der

34 Journalist Ángel Gahona wurde während einer Livesendung erschossen. Geschätzte
60.000

35 Menschen sind in das Nachbarland Costa Rica geflohen und leben dort unter prekären
36 Bedingungen. Hunderte von Oppositionellen leben seit Monaten im Untergrund.

37 Der Bericht von Amnesty International "Shoot to kill.
Nicaragua's strategy to repress protest"

38 stellt illegale und willkürliche Verhaftungen und Tötungen fest und belegt schwere
39 Menschenrechtsverstöße. Meist unter dem Generalvorwurf des Terrorismus, ohne
jegliche

40 Indizien, kommt es zu Folter und grausamer, unmenschlicher und erniedrigender
Behandlung der

41 Verhafteten.

42 Der nationale Dialog wurde von der Regierung abgebrochen, und die Kirche, die eine
wichtige

43 vermittelnde Rolle innehatte, wurde massiv unter Druck gesetzt. Sowohl die Vereinten
44 Nationen als auch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) rufen zur sofortigen
45 Wiederaufnahme des Dialogs auf, fordern eine unabhängige Untersuchung der
Tötungen und

46 befürworten vorgezogene Neuwahlen. Der UN-Menschenrechtsbericht von August 2019
kritisiert

47 deutlich die zahlreichen politischen Gefangenen und dokumentiert das autokratische
Verhalten

48 der Regierung Ortega-Murillo.

49 Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen in Nicaragua und empfinden es als
unsere

50 Verantwortung darauf hinzuwirken, dass Deutschland die schweren
Menschenrechtsverletzungen

51 kommentiert und sich nach Möglichkeit an der Lösung des Konflikts beteiligt:

52 1. öffentlich die Unterdrückung der friedlichen Proteste in Nicaragua zu
verurteilen und

53 sich gemeinsam mit den europäischen und lateinamerikanischen Partnern
stärker für ein

54 sofortiges Ende der Gewalt einzusetzen; über das Flüchtlingshilfswerk der
Vereinten

- 55 Nationen (UNHCR) Mittel für den Schutz und die Versorgung der Geflüchteten
 56 in den
 56 Nachbarlän- dern zur Verfügung zu stellen; eine kohärente deutsche und
 europäische
 57 Lateinamerika-Politik im Außen-, Entwicklungs-, Handels- und
 Wirtschaftsbereich zu
 58 betreiben, zu deren Kernelementen Rechtstaatlichkeit und Menschenrechte
 zählen;
- 59 2. sich dafür einzusetzen, den rechtlichen Status der von einem Verbotser-lass
 60 betroffenen zivilgesellschaftlichen Organisationen schnell wieder-
 herzustellen; sich
 61 für faire rechtsstaatliche Verfahren für alle politischen Gefangenge- nen in
 Nicaragua
 62 bzw. für eine rasche Freilassung unrechtmäßig Inhaf- tierter und politischer
 Gefangener
 63 einzusetzen; Gefängnisbesuche durch Vertreter der deutschen Botschaft und
 ausländische
 64 Mediziner
- 65 3. im Rahmen der EU, gezielte und individuelle Visa- und Vermögenssper- ren
 von führenden
 66 Regierungsvertreterinnen und -vertretern und Einzelpersonen, die für
 67 Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind aus- zusprechen, auch um,
 nach der
 68 Einführung von US-Sanktionen, eine Verlagerung von Finanzströmen und -
 mitteln von den
 69 USA nach Europa zu verhindern; Auf eine Sondersitzung des UN-
 Menschenrechtsausschusses
 70 in Genf hinzuwirken, mit der Forderung nach einer internationalen
 Untersuchung der
 71 Todesfälle, der Gleichschaltung der Staatsorgane sowie der
 Massenentlassungen von
 72 medizinischem Personal.
- 73 4. Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit auf die Stärkung
 zivilgesellschaftlicher
 74 Partnerinnen und Partner zu konzentrieren und künftig wieder vermehrt
 75 Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer zu finanzieren;

Begründung

Bündnis90/Die Grünen sind eine Partei der Menschenrechte. Wir fühlen uns verpflichtet auch die Konflikte und Krisenherde zu thematisieren und die Menschenrechtler*innen zu unterstützen die nicht im Fokus der öffentlichen deutschen Beobachtung stehen.

weitere Antragsteller*innen

Bastian Bergerhoff (Frankfurt KV); Sylvia Momsen (KV Frankfurt); Marlene Riedel (Frankfurt KV); Mogdeh Töbelmann (KV Berlin-Mitte); Tina Zapf (KV Frankfurt); Christoph Rosenbaum (Frankfurt KV); Ingo Klose (KV Nürnberg-Stadt); Johannes Lauterwald (KV Frankfurt); Daniela Cappelluti (KV Frankfurt); Julia Eberz (KV Frankfurt); Omid Nouripour (KV Frankfurt); Bärbel Spiegel (KV Frankfurt); Hanna Ursula Thiele (KV Frankfurt); Martina Feldmayer (KV Frankfurt); Nina Eisenhardt (KV Groß-Gerau); Emre Telyakar (KV Frankfurt); Wolfgang Siefert (KV Frankfurt); Mirjam Luise Schmidt (KV Frankfurt); Dana Kube (KV Frankfurt); sowie 10 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.